

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/31

14. Februar 1977

Für eine plurale Europäische Gemeinschaft

Über Direktwahl von der Wirtschaftsgemeinschaft zum
Sozialeuropa

Von Wilhelm Drüscher

Vorsitzender des Bundes sozialdemokratischer Parteien
in der Europäischen Gemeinschaft

Seite 1 und 2 / 60 Zeilen

Die Gesundheitsvorsorge stärken

Unsere Gesundheitspolitik braucht neue Strukturen

Von Herbert Brückner

Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen,
Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz der Län-
der

Seite 3 und 4 / 77 Zeilen

Zügig zu einem neuen Recht

Neues Wohngeld muß wohnungspolitisch und sozial ausge-
wogen sein

Von Ernst Waltemathe MdB

Stellv. Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen
und Städtebau der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 5 und 6 / 73 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Hausgärten 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Präsenzhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 3638
Telex: 02 68 848-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Für eine plurale Europäische Gemeinschaft

Über Direktwahl von der Wirtschaftsgemeinschaft zum Sozialeuropa

Von Wilhelm Dröschner

Vorsitzender des Bundes sozialdemokratischer Parteien
in der Europäischen Gemeinschaft

Die Vorbereitungen für die ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament treten in ihre entscheidende Phase. In zwei von den europäischen Sozialisten initiierten Begegnungen mit den Föderationen der liberalen und christdemokratischen Parteien legten sie konkrete Konzepte für eine die Parteigrenzen überschreitende Zusammenarbeit vor. Sie betreffen die Punkte, die alle engagierten Verfechter einer Europäischen Union gemeinsam angehen: die Finanzierung des Wahlkampfes, Rechtsprobleme der Parteföderation, die Erweiterung von transnationalen Medien-Programmen zur Aufklärung und Information der Bürger über wichtige wirtschaftliche und politische Probleme in der Europäischen Gemeinschaft und schließlich Spielregeln für einen fairen Wahlkampf.

Inbesondere die Bereitschaft des Präsidenten der Föderation der Christdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, Leo Tindemans, und des Präsidenten der Föderation der Liberalen und Demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft, Gaston Thorn, mit den Sozialdemokraten ein Fairnessabkommen für den Europa-Wahlkampf abzuschließen, kann zu einem Erfolg für die Demokratie führen. Das Austragen von Meinungsverschiedenheiten über die politischen Ziele muß als legitimes Mittel der Politik zwischen den Parteien anerkannt und gleichzeitig müssen Schläge unter die Gürtellinie und Demagogie von vornherein als illegitim und schädlich für den europäischen Wahlbürger ausgeschlossen werden.

Dieser von den Sozialdemokraten gesuchte Dialog mit politisch Andersdenkenden unterstreicht einmal mehr das entschiedene Eintreten der demokratischen Sozialisten für eine plurale Europäische Gemeinschaft. Er straft alle jene Demagogen und Ideologen Lügen, die durch gezielte Verleumdungskampagnen den Sozialdemokraten Volksfronttendenzen unterstellen wollen. Die Sozialdemokraten können optimistisch in den europäischen Wahlkampf gehen,

denn ihre Vorarbeiten für eine gemeinsame Wahlkampfplattform im Rahmen des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG sind durch die zügige Arbeit in den entsprechenden Kommissionen zur Wirtschafts-, Außen- und Sozialpolitik nahezu abgeschlossen.

Wiederbelebungversuche des CDU-Wahlkampf-Slogans "Freiheit oder/statt Sozialismus" auf europäischer Ebene scheiterten erst kürzlich am Widerstand besonnener Christdemokraten in den Nachbarländern. Es ist zu hoffen, daß sie die Verteufelungskampagnen ihrer deutschen Parteifreunde auf längere Sicht in Schach halten können. Ohnehin nimmt die Zusammenarbeit der italienischen Christdemokraten mit den dortigen Kommunisten dem Gespenster-Slogan jede Glaubwürdigkeit für Europa.

Sozialdemokraten stehen in einer ganzen Reihe von Ländern in Regierungsverantwortung. Unsere Freunde sind gemeinsam bestrebt, vordringlich die internationalen wirtschaftspolitischen Probleme zu bewältigen. Im Europa-Wahlkampf wird sich zeigen, daß man nicht mit Schlagworten und Banalitäten zur Lösung dieser Probleme beitragen kann. Wichtig für die sozialdemokratischen Parteien in der EG ist deshalb unsere Diskussionsgrundlage für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik. Dieses wirtschaftspolitische Programm wird Bestandteil der im Herbst 1977 vom Kongreß des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG zu verabschiedenden Wahlkampfplattform sein. Dann wird sich im EG-Maßstab zeigen, daß die besseren Lösungsvorschläge von Sozialdemokraten kommen, deren oberstes Ziel es ist, die Vollbeschäftigung wieder herzustellen und gleichzeitig eine gerechtere Einkommens- und Vermögenspolitik wie auch demokratische Mitbestimmung der Arbeitnehmer für den EG-Raum zu schaffen. Eines unserer Hauptziele im europäischen Wahlkampf wird es sein, die EG als Wirtschaftsgemeinschaft zum Sozialeuropa zu erweitern. Mit diesem Ziel stellen wir uns der Diskussion mit dem europäischen Bürger. Wir wissen, daß es dazu vor allem der Hilfe der Gewerkschaften bedarf.

Zur medienpolitischen Lösung brauchen jetzt alle politischen Kräfte auch Vorschläge und Hilfen der Fernseh- und Rundfunkanstalten wie der Presse. Nur so kann die Diskussion um unsere Lebensfragen transnational geführt werden.

(-/14.2.1977/va/1a)

+ + +

Die Gesundheitsvorsorge stärken

Unsere Gesundheitspolitik braucht neue Strukturen

Von Herbert Brückner

Senator für Gesundheit und Umweltschutz in Bremen,
Vorsitzender der Gesundheitsministerkonferenz der Länder

Seit Jahren wird die politische Diskussion um das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik durch ein Schlagwort beherrscht: Kostenexplosion. Steigerungsraten von 30 Prozent, wie sie im Gesundheitsbereich in den vergangenen Jahren zur Tagesordnung gehörten, signalisierten über kurz oder lang den finanziellen Kollaps der Krankenversicherer und lehrten die Politiker das Fürchten. Jene, die in diesem Bereich politische Verantwortung tragen, sehen sich in die Pflicht genommen. In die Pflicht, kurzfristig nach schnellgreifenden Möglichkeiten der Kostenreduktion zu suchen. Doch der Zwang, möglichst ad hoc zu Kostenentlastungen zu kommen, trübt den Blick für eine generelle Überprüfung der Prioritätensetzung, wie sie im Gesundheitswesen zwingend notwendig ist.

Eine zukunftsorientierte Gesundheitspolitik darf trotz der notwendigen Berücksichtigung von Wirtschaftlichkeitskriterien nicht primär eine Politik der Kostenreduzierung sein, wenn ein Leistungsabbau vermieden werden soll. Fakten aus dem Gesundheitsbereich mögen dies deutlich machen. Durch politische Anstrengungen aller Beteiligten und an allen Fronten des Gesundheitsbereiches ist es gelungen, die schwindelerregenden Kostensteigerungen der vergangenen Jahre auf einen zehnpromzentigen Zuwachs in 1976 zu begrenzen. Es ist dies eine Steigerungsrate, die sich weitgehend mit der Gehaltsentwicklung der im Gesundheitswesen Beschäftigten deckt und die voraussichtlich auch für die Zukunft toleriert werden muß.

Parallel zu den ersten Erfolgen an der Kostenfront mußten wir jedoch gleichzeitig registrieren, daß nahezu überall die Zahl der Erkrankten stieg. Krankheit hat in unserem Land steigende Tendenzen. Dies bedingt, daß aktive Gesundheitspolitik künftig verstärkt darauf gerichtet werden muß, im Rahmen der ökonomischen Gegebenheiten durch strukturgestaltende - und nicht wie bisher durch strukturerhaltende - Maßnahmen die Gesundheitssicherung der

Bevölkerung auch über die ambulante und stationäre Versorgung hinaus effektiver zu machen.

Gesundheitspolitik braucht eine Akzentverschiebung, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, die gerade überwundene Periode der Kostenexplosion durch eine Ära der Patienten-Inflation zu ersetzen. Die Tatsache, daß mehr Patienten mehr Kosten verursachen - und daß umgekehrt weniger Patienten weniger kosten, ist sicherlich eine Binsenweisheit. Eine Binsenweisheit jedoch, die in der aktuellen gesundheitspolitischen Diskussion in Vergessenheit zu geraten droht.

Wenn das Ziel der Kostenreduktion indessen langfristig gesichert und der Anspruch der Bürger auf Wohlbefinden erfüllt werden soll, dann ist es an der Zeit, daß neben die hochentwickelte kurative Medizin schwerpunktmäßig die Prävention, die vorsorgende Gesundheitspolitik tritt. Es ist erstaunlich, daß in einer Zeit der Kostendiskussion dieses Thema - die Ausschaltung der Krankheitsursachen - keine zentrale Rolle spielt.

Unbestritten sind unsere Erfolge auf dem Sektor der Prävention unterentwickelt. Die Vorsorgeuntersuchungen werden nur unzureichend genutzt, Aufklärungsaktionen kommen über den Druck bunter Broschüren und die Formulierung wirkungsloser Appelle meist nicht hinaus. Hier ist ein Umdenken erforderlich. Mehr Wissenschaftlichkeit und ernsthafte Grundlagenforschung ist vonnöten.

Erfolgversprechende Prävention kann nicht laienhaft, sondern muß engagiert und routiniert betrieben werden. Dies setzt voraus:

- Das Instrumentarium zur Gesundheitsaufklärung und -information muß überdacht und erneuert werden. An die Stelle wirkungsloser Appelle und teurer Aufklärungsschriften müssen fundierte empirisch überprüfte Gesundheitserziehungs- und Vorsorgekonzepte mit anschließender Wirksamkeitskontrolle treten. Die baldige Bildung einer Fachkommission zur Erarbeitung von Gesundheitserziehungs- und Vorsorgeprogrammen ist notwendig.
- Die Zusammenarbeit zwischen der Gesundheitsministerkonferenz der Länder und der Kultusministerkonferenz der Länder muß mit dem Ziel intensiviert werden, Gesundheitserziehung zu einem festen Bestandteil deutscher Unterrichtspläne zu machen.
- Die Erforschung krankheitsfördernder Strukturen insbesondere am Arbeitsplatz, in der Infrastruktur der Städte und die Schaffung gesundheitsgerechter Lebensverhältnisse muß intensiviert und ausgebaut werden.
- Die Arzt-Patient-Beziehungen sind zu verstärken, um in intensiven Behandlungsgeprägten die Medikamentengläubigkeit und die Fixierung zahlreicher Patienten auf die medizinische Technik abzubauen und gesundheitsbewußtes Verhalten zu fördern. Die vorgesehene Änderung der Gebührenordnung im neuen Gesetzentwurf (KVMG) ist ein begrüßenswerter Ansatz.

Kurzfristige Investitionen im Bereich der Gesundheitserziehung und der Gesundheitsvorsorge sowie die Verstärkung der sozioökonomischen, sozialpsychologischen und medizinischen Erforschung des Fehlverhaltens weiter Teile der Bevölkerung in ihrem Gesundheitsverhalten sind das erfolgversprechendste Konzept, um langfristig zu Entlastungen im Kostenbereich des Gesundheitswesens zu kommen.

(-/14.2.1977/vo/hu)

Zügig zu einem neuen Recht

Neues Wohngeld muß wohnungspolitisch und sozial ausgewogen sein

Von Ernat Waltemathe MdB

Stellv. Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und
Städtebau der SPD-Bundestagsfraktion

Sozialdemokraten haben bereits vor der Bundestagswahl 1976 eindeutig klargemacht, daß eines der ersten wohnungspolitischen Gesetzgebungsverfahren die umfassende Novellierung des Wohngeldrechtes sein wird. Der Deutsche Bundestag hat auf Initiative der Koalitionsfraktionen am 23. Juni 1976 im Rahmen der Beratung des Wohngeld- und Mietenberichtes 1975 der Bundesregierung eine Entschließung verabschiedet, in der die grundsätzliche Bewährung und Bedeutung einer mittlerweile fast 1,6 Millionen Haushalten zukommenden direkten Sozialleistung herausgestellt wird. Es wurde dabei deutlich hervorgehoben, daß Anpassungen und Entzerrungen unerlässlich sind. Sozialdemokraten haben dafür gesorgt, daß für den Bundeshaushalt 1978 ein zusätzlicher Betrag von 350 Millionen DM (eine gleich hohe Summe müssen die Bundesländer aufbringen) fest eingeplant ist, so daß die Wohngeldausgaben von etwa 1,6 Milliarden auf 2,3 Milliarden DM aufgestockt werden.

Die finanzielle Voraussetzung für eine umfassende Reform ist damit gegeben. Es kommt jetzt darauf an, zügig zu einem neuen Recht zu gelangen, daß auch inhaltlich den heutigen Erfordernissen standhält. Im wesentlichen wird das neue Wohngeldgesetz folgende Bedingungen miteinander verknüpfen müssen:

- 1/ Die Einkommensgrenzen sind wesentlich heraufzusetzen. Seit der letzten Anpassung werden vier Jahre vergangen sein, so daß ein Kaufkraftausgleich vorgenommen werden muß. Darüber hinaus muß, wenn schon keine Gleichstellung möglich ist, doch eine Annäherung und Verzehnung der Einkommensbegriffe des Wohngeldrechtes und der Gesetze für den sozialen Wohnungsbau angestrebt werden.
- 2/ Die Mietenentwicklung der letzten Jahre muß einen Niederschlag in der Heraufsetzung der Mietobergrenzen finden. Es ist nicht angingig, daß manche Wohnkostenbelastung im sozialen Wohnungsbau nicht mehr durch Wohngeld bezuschußungsfähig ist. Deshalb werden die neuen Grenzen bei etwa 6,50 DM je qm Wohnfläche für Neubauten liegen müssen. Dabei muß aber gleichzeitig gewährleistet werden, daß aus solcher Festlegung nicht falsche Schlüsse gezogen werden: Die Bundesländer, die nach der Verfassung besondere Verantwortung für die Mietenentwicklung im sozialen Wohnungsbau tragen, sollen nicht animiert werden, durch weiteren Subventionsabbau die Mieten kräftig ansteigen zu lassen.
- 3/ Für alle Haushalte muß ein zumutbares Verhältnis zwischen Mietbelastung und Einkommensanteil, der für das Wohnen auszugeben ist,

hergestellt werden. Wohnen zum Nulltarif ist gewiß unmöglich, aber auch Wohnen zum Übertarif darf es nicht geben.

- 4/ Durch einen allgemeinen Einkommensfreibetrag sind heute insbesondere die Haushalte nicht erwerbstätiger Personen bevorzugt, während Arbeitnehmerhaushalte tatsächlich weit weniger Netto- als Bruttoeinkommen haben. Künftig sollte neben einem allgemeinen Freibetrag bei Arbeitnehmerhaushalten ein weiterer Freibetrag gewährt werden. Das setzt einen Tarifverlauf voraus, der für alle Verbesserungen mit sich bringt, also den Besitzstand auf jeden Fall garantiert und Arbeitnehmerhaushalte zusätzlich begünstigt. Außerdem muß innerhalb des Tarifverlaufs dafür Sorge getragen werden, daß die Haushalte Alleinstehender und die großen Mehr-Kinder-Haushalte nicht länger durch innergesetzliche Ungerechtigkeiten benachteiligt sind.
- 5/ Schließlich muß noch das Kunststück fertiggebracht werden, durch klare Gesetzesprache das neue Recht so verständlich und praktikabel zu machen, daß von einer "bürgernahen" Gesetzgebung gesprochen werden kann und weder Verwaltung noch Berechtigte vor bürokratischen Hemmnissen kapitulieren.

Die Bundesregierung steht vor der Verabschiedung eines Gesetzentwurfes, der noch im 1. Halbjahr 1977 durch Bundestag und Bundesrat behandelt und abgestimmt werden muß, um ab 1. Januar 1978 ein verbessertes und gerechteres System von Miet- oder Lastenzuschüssen anzubieten. Ein solches System wird bewirken, daß

- a/ jede Familie nur einen gerechten Anteil ihres Einkommens für ihr Recht auf Wohnung aufwenden muß,
- b/ soziale Gerechtigkeit im Wohnbereich besser verwirklicht werden kann,
- c/ mehr Bürger als bisher staatliche Hilfe erwarten können bei der Bezahlung ihrer Wohnkosten,
- d/ Wohnungsmodernisierung nicht durch unzureichende Beihilfen für die Wohnungsmieter behindert wird.

So gesehen, wird der Bundestagsausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau in Kürze seine ganze Kraft einem Gesetzeswerk widmen, das sowohl sozialpolitisch als auch städtebaulich und wohnungsbaupolitisch von außerordentlicher Wichtigkeit ist. (-/14.2.1977/va/1a)